



**Stadtamt Braunau am Inn
Stadtplatz 38, 5280 Braunau am Inn**

Verhandlungsschrift

über die am Mittwoch, den 14. Dezember 2022, im Veranstaltungszentrum stattgefundene Sitzung des

Gemeinderates

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 21.04 Uhr

Vorsitzender: Bgm. Mag. Johannes Waidbacher

Gemeinderatsmitglieder:

ÖVP-Fraktion: Vbgm. Marco Baccili B.Sc., StR Dir. Josef Knauseder MMBA, StR HR Mag. Eva Gaisbauer, GR Mag. Dr. Ramona Eberl, GR Doris Haubentrath, GR Nina Bernroithner, GR Stefanie Stoffle, GR Gerhard Bruckbauer, GR Zoran Šijaković, GR Wolfgang Höfelsauer, GR Mag. Matthias Kritzing BA MA, GR Alfred Hermann, GR Sebastian Burndorfer, GR Anton Bernroithner

Entschuldigt: GR Anna Stoiber,

Ersatz: GRE DI Markus Dutzler

SPÖ-Fraktion: Vbgm. DI Wolfgang Grabner-Sittenthaler, GR LAbg. Gabriele Knauseder MSc, GR Günter Mikula, StR Mag. Martina Schäfer, GR Rudolf Eiblmaier, GR Manfred Offenhuber, GR Rudolf Streitberger, GR Demil Omerovic

FPÖ-Fraktion: StR Hubert Esterbauer, StR Mag. Ing. Gerhard Haberfellner, GR Bettina Bachinger, GR Ing. Hans Pill, GR Christian Bachinger, GR Alexander Lechner

Entschuldigt: GR Walter Dickl,

Ersatz: GRE Alexander Ranftl

GRÜNE-Fraktion: StR Günter Winterstätter, GR Elke Gapp (ab 18.05 Uhr), GR DI Mag. Manfred Hackl, GR DI Manuel Parfant, GR Elma Pandžić, GR Myriam Lizeth Außerhuber-Camposeco

Anwesende Gemeindebedienstete:

AD Mag. Andreas Reiter, BD Dipl. Ing. Karl Schug, FD Dr. Verena Weinberger, Silvia Jujic, Gisela Lahner

Schriftführerin: Gisela Lahner

Der Vorsitzende eröffnet die Gemeinderatssitzung und stellt fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Weiters verweist er darauf, dass die Verhandlungsschrift der Gemeinderatssitzung vom 20.10.2022 aufliegt und diese als genehmigt gilt, wenn bis Ende der Sitzung kein Einwand erhoben wird.

A:

I. Anträge des Bürgermeisters:

1. **Behandlung der in der Tagesordnung unter Teil „B“ angeführten Verhandlungsgegenstände**

Bgm. Mag. Waidbacher berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP I/1 abstimmen.

Antrag:

Behandlung dieser Tagesordnungspunkt im nicht öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(ohne GR Gapp)

2. **Offene Abstimmung gem. § 52 Oö. Gemeindeordnung 1990 für nachfolgende Wahl (gesamter Gemeinderat, Einstimmigkeit erforderlich)**

Bgm. Mag. Waidbacher berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP I/2 abstimmen.

Antrag:

Offene Abstimmung gem. § 52 Oö. Gemeindeordnung 1990

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(ohne GR Gapp)

3. Nachwahlen der ÖVP-Fraktion (Fraktionswahl, absolute Mehrheit der anwesenden Fraktionsmitglieder)

Bgm. Mag. Waidbacher berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP 1/3 abstimmen.

Antrag:

- a) GRE Manfred Obermayr wird als Mitglied in den Wirtschaftsausschuss gewählt.
- b) GRE DI Gregor Riegler wird als Ersatzmitglied in den Wirtschaftsausschuss gewählt.
- c) GRE DI Gregor Riegler wird als Ersatzmitglied in den Finanzausschuss gewählt.
- d) GR Mag. Matthias Kritzinger BA MA wird als Ersatzmitglied in den Sozialausschuss gewählt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(durch ÖVP-Fraktion)

an Bgm-Sekr. am 16.12.2022 / La

II. Anträge des Finanzausschusses:

1. Voranschlag für das Haushaltsjahr 2023

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

StR Ing. Mag. Haberfellner erklärt, dass er vor zwei Jahren in die Budgetrede mit der Aussage, dass die Ausgangssituation noch nie so dramatisch war gestartet ist, letztes Jahr konnte er schon etwas entspannter formulieren, leider konnte sich diese Entspannung aber nicht fortsetzen. Er möchte sich auch im Namen der FPÖ-Fraktion für die hervorragende Arbeit von Frau Mag. Huber bedanken, die für die Erstellung des Budgets maßgeblich verantwortlich ist und bei der Finanzdirektorin Frau Dr. Weinberger. Vorneweg wieder einmal etwas positives, Braunau ist keine Abgangsgemeinde. Das ist aufgrund der externen Faktoren wie Inflation und der massiv gestiegenen Energiekosten sicherlich nicht selbstverständlich. Es wird geschätzt, dass ein Drittel der oberösterreichischen Gemeinden leider Abgangsgemeinden werden. Man schafft, dass man keine Abgangsgemeinde wird, wie man schon gehört hat, indem man Rücklagen auflöst. In Zukunft ist die Prognose ja nicht so rosig. Er nennt einige Details, die größten Brocken sind extern vorgegeben, wo die Gemeinde relativ wenig Einfluss hat, aber dazu später. Die wichtigste Möglichkeit einer Gemeinde um auf der Einnahmenseite das Budget zu beeinflussen, ist die Kommunalsteuer und da ist man, wie man vorher schon gehört hat, gut aufgestellt, da kann man stolz darauf sein. Er glaubt, dass allen klar ist, dass man eine Budgetsanierung nicht aufgrund von Gebührenerhöhungen über der

Inflationsanpassung erzielen kann, weil ja die Bürger sowieso schon die Last der gestiegenen Inflation tragen müssen. Aber er denkt, das ist jedem im Raum klar. Er nennt weitere Faktoren, durch die man es 2023 geschafft hat, dass man keine Abgangsgemeinde ist, und eben dadurch eine gewisse Autarkie gegenüber dem Land Oö. behalten kann. Der Finanzierungsvorschlag zeigt, dass die Auszahlung die Einzahlung überschreitet und damit die liquiden Mittel um ca. 2,9 Mio. Euro verringert. Diese können mit Rücklagen abgedeckt werden, die derzeit in der Höhe von ca. 4 Mio. Euro vorhanden sind. Die Ursache der Verringerung der liquiden Mittel liegt im hohen negativem Ergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit, die sich aus mehreren Faktoren ergibt. Er macht es jetzt nur ganz kurz, denn Details hat man bereits gehört. Die Erhöhung der Personalkosten beträgt ca. 7%, die Erhöhung der Zinsen für offene Darlehen, eine mehr als Verdoppelung der Energiekosten – und da ist man im Vergleich zu privaten Haushalten sehr gut in der Gemeinde, dass es nur eine mehr als Verdoppelung ist. Die massive Erhöhung der SHV-Umlage von ca. 900.000 Euro, da rechnet man mit ca. 25% und das ist schon sehr, sehr massiv. Auf der anderen Seite hat man bei den Ertragsanteilen ein Minus von 100.000 Euro, was einen dann schon schlimm trifft. Er möchte jetzt keine weiteren Kennzahlen herunterbeten, weil diese Herr StR Knauseder schon detailliert dargestellt hat, außerdem hat ohnehin jeder das umfangreiche Buch durchgelesen und weiß genau Bescheid. Allerdings möchte er schon noch einmal, wie letztes Jahr, auf die Kapitaltransferzahlungen verweisen, also die üblichen Verdächtigen wie Krankenanstaltenbeitrag, SHV-Umlage usw. Das sind Ausgaben, die in der Sekunde schon weg sind, in der er jetzt spricht. Da hat man noch nichts gemacht. Da hat man noch keine Investition getätigt, da hat man keine Straße saniert, da hat man noch nichts für Wasser und Kanal gemacht. Kurz noch zum Schuldenstand, dieser wird mit 31.12.2023 auf ca. 36,7 Mio. Euro ansteigen. Wenn man in die Zukunft blickt so stellt sich diese wenig rosig dar, aber man muss schon im Hinterkopf behalten, dass man Projekte wie Rathaus Neubau, Stadion, Bildungscampus, alle verschoben hat. Das muss man schon mit einbeziehen. Und eine Bezirksstadt wie Braunau sollte sich auch Gedanken machen hinsichtlich Freizeit- und Sportkonzept, zum Beispiel bezüglich Errichtung von Radspiel- oder Radübungsplatz oder sogar einer Pump-Track-Strecke. Aber wenn man keinen finanziellen Spielraum hat, ist das natürlich sehr, sehr schwierig. All diese Dinge werden einen in nächster Zeit beschäftigen, aber um einen realistischen Horizont für die Zukunft zu schaffen müssten sich schon die Rahmenbedingungen ändern, beispielsweise müssten die Kapitaltransferzahlung sich so ändern, dass die Gemeinde außer ihren Muss-Zielen sich auch mit solchen Themen, wie gerade angesprochen, beschäftigen kann um eben dringende Projekte, die in Braunau anstehen würden, realistisch in Angriff zu nehmen. Die Herausforderungen von 2023 und in den folgenden Jahren kann man nur gemeinsam schaffen, in diesem Sinne stimmt seine Fraktion dem Budget zu.

VbGm. DI Grabner-Sittenthaler möchte nicht wiederholen was die beiden Stadträte schon an Details geliefert haben. Wichtig ist, dass allen bewusst ist, dass der Hut brennt, wie sein Kollege Weibold das früher immer so treffend gesagt hat, wenn es eine ähnliche Situation gab. Eines muss klar sein, wenn man es vergleicht mit einem privaten Haushalt, dann lebt man im Jahr 2023 von Erspartem. Das ist das Problem, weil dieses eigentlich nicht für die laufenden Kosten hergenommen werden sollten. Er findet es sehr schade, dass man die Rücklagen auflösen muss, um den laufenden Betrieb für 2023 gewährleisten zu können. Die Rahmendbedingungen sind klar, diese

sind so wie sie sind. Man weiß, dass Ende 2023 Verhandlungen bzgl. des Finanzausgleiches sind. Jetzt ist die Frage, was man tun kann, weil irgendwie hat man immer das Gefühl, dass man eigentlich gar keine Möglichkeiten hat. Die Ausgaben sind quasi Fixausgaben, gut da kann man vielleicht bei Kleinigkeiten an Rädern drehen, vielleicht kann man sich im Strukturbeirat das eine oder andere genauer ansehen. Aber an den großen Rädern ist die Frage, wo man drehen soll. Nachdem Herr StR Haberfellner schon erwähnt hat, was auch hinsichtlich Abgangsgemeindenentwicklung zu befürchten ist, kann es aus seiner Sicht in Wirklichkeit nur darum gehen, dass beim Finanzausgleich der Anteil für die Gemeinden endlich erhöht wird. Und zwar auf mindestens 20%, ist eine realistische Annahme. Daher sein Appell und seine Bitte hauptsächlich an die ÖVP-Fraktion, weil ja Herr Landeshauptmann Stelzer bei den Verhandlungen maßgeblich dabei ist – man wirke bitte auf ihn ein, dass endlich die Gemeinden besser ausgestattet werden, was den Finanzausgleich betrifft. Weil bei den Umlagen wird sich, wie er glaubt nichts ändern, was zu befürchten ist. Bei den Ausgaben und bei den Teuerungen auch nicht und jetzt ist die Frage, ob man in Zukunft nur noch gerade so den laufenden Betrieb irgendwie rüber bringt. Er fragt sich wie das 2024 gehen soll, wo man noch weniger Rücklagen hat. Aber in Wirklichkeit soll man im laufenden Betrieb ja eigentlich Rücklagen aufbauen können und er behauptet, dass eine Stadt der Größe von Braunau eigentlich Rücklagen von mindestens 10 Mio. Euro haben sollte, damit man eben über solche Projekte wie Rathausneubau, wie Stadion, wie andere große Projekte überhaupt reden kann. Ansonsten kann man sich das Reden mit dieser Ausgangssituation sowieso ersparen. Das ist sein Appell, dass man in diese Richtung massiv Druck macht, er glaubt der wird ohnehin kommen, auch von anderen Gemeinden, weil er kommen muss, weil es so sicher nicht weiter gehen kann. Beim Bund sind die Steuereinnahmen heuer sehr gut gesprudelt, was man hört und was man weiß. Also da muss sicher die Umverteilung zu den Gemeinden massiv geändert werden. Nicht, weil die Gemeinden das Geld mit vollen Händen ausgeben, sondern weil die Gemeinden so viele zusätzliche Arbeiten bekommen haben in den letzten Jahren, und auch gerade was das rechtliche betrifft wird's tatsächlich immer komplexer. Er sieht das im Bereich Stadtplanung und Raumordnung, da muss man aufpassen wie ein Haftelmacher, dass man nichts falsch macht, es hat sich einfach ein wenig geändert in den letzten Jahren. Das ist sein Appell, dass man wirklich in diese Richtung etwas macht, weil wenn man sich ehrlich ist, was für Möglichkeiten hat man sonst noch? Man kann vielleicht kleine Einsparungen da und dort andenken, diskutieren, aber im Großen und Ganzen wird da nicht recht viel zu bewegen sein. Und deswegen müssen in diese Richtung alle gemeinsam zusammenhelfen, dass eben die Gemeinden auch in Zukunft besser aufgestellt sind, speziell was die Transferzahlungen betrifft. Seine Fraktion wird dem Budget auch zustimmen.

GR DI Mag. Hackl bewundert immer den Optimismus von Herrn StR Knauseder, wie dieser das Budget darstellt. Wie positiv er die Entwicklungen darstellt, obwohl er vielleicht innerlich anders denkt. Wäre er selbst für das Budget verantwortlich, er hätte schlaflose Nächte. Vor allem wenn man sich die Mittelfristige Finanzplanung anschaut, da hat Herr StR Knauseder gesagt, dass darin steht, dass man Schulden wieder abbauen wird, aber er weiß genauso gut wie alle hier, dass die Mittelfristige Finanzplanung eigentlich kaum das Papier wert ist, auf dem sie gedruckt wird. Weil viele Investitionen gar nicht aufscheinen dürfen und aufscheinen können. Das heißt sie

stellt einen sehr optimistischen Blick auf die Zukunft dar. Er hat einen kleinen Rückblick gewagt, gestern hat er sich angeschaut, wie die Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre waren. Um das noch drastischer darzustellen wie sich die Rücklagen und Schulden entwickelt haben. Ende 2020, am Ende des Corona Jahres hatte die Gemeinde noch Rücklagen von 6,6 Mio. Euro und Schulden von 31 Mio. Euro und eine ausgeglichene laufende Geschäftstätigkeit. 2021 hat man die Rücklagen schon um 400.000 Euro reduziert und dafür Schulden aufgebaut auf 31,8 Mio. Euro, also ein relativ gutes Jahr im Rückblick gesehen und man hat in der laufenden Geschäftstätigkeit sogar ein Plus von 2,4 Mio. Euro erwirtschaftet. Der Nachtragsvoranschlag 2022, den man in der letzten Gemeinderatssitzung beschlossen hat, der schaut schon wieder wesentlich schlechter aus, die Rücklagen sind zurückgegangen auf 4 Mio. Euro, also Minus 2,2 Mio. Euro, die laufende Geschäftstätigkeit ist immer noch positiv, die Schulden steigen auf 34 Mio. Euro. Da hat man schon eine deutliche Verschlechterung der Budgetsituation feststellen können. Und jetzt der Voranschlag 2023 – Rücklagen auf 1,1 Mio. Euro reduziert und die Schulden erhöht auf insgesamt 36,7 Mio. Euro. Also zusammengefasst hat man in den letzten beiden Jahren 5,1 Mio. Euro Rücklagen verbraucht und 4,9 Mio. Euro Schulden gemacht. Also 10 Mio. Euro Abgang in den letzten beiden Jahren 2022 und 2023. Und das macht ihm ernsthafte Sorgen. Da hilft es jetzt nicht nur drauf zu hoffen, dass die Finanzausgleichsverhandlungen positiv ausgehen werden, es hilft nicht darauf zu appellieren, dass das Land mehr Geld hergeben soll. Natürlich hätte das Land viele Möglichkeiten auch außerhalb des Finanzausgleiches, schließlich kassiert das Land eine Landesumlage von den Gemeinden, was andere Bundesländer nicht machen. Also hier hätte die ÖVP auf Landesebene und auch die FPÖ ist im Land mitverantwortlich, durchaus die Möglichkeiten hier den Gemeinden mehr Geld zukommen zu lassen. Die Situation ist sehr bedrohlich, die Tendenz noch viel schlechter. Dem Gemeinderat als Verantwortlicher für die Gemeindefinanzen, stehen ungemütliche Zeiten bevor, sehr ungemütliche Zeiten. Lösungen für diese finanzielle Misere zu suchen, das ist die Verantwortung als Gemeindemandatarin und Gemeindemandatar. Die Grünen sind bereit, daran mitzuwirken hier Verantwortung zu übernehmen und die Gemeindefinanzen zu verbessern, aber die Initiativen dafür müssen vom Bürgermeister kommen und vom Obmann des Finanzausschusses. Er richtet sich an Herrn Bürgermeister und StR Knauseder – sie beide sind Vertreter der stärksten Fraktion im Gemeinderat, sie haben das Vertrauen der Bevölkerung, von ihnen müssen die Vorschläge für unangenehme Maßnahmen kommen. Es kann nicht weiterhin so sein, dass sie gerne das Geld ausgeben, loben für wen aller das Geld ausgegeben wird, für durchaus sinnvolle, notwendige Maßnahmen klar. Es ist toll wenn die Gemeinde investiert und Geld ausgibt für soziale Maßnahmen, für Kultur, für Sport, irgendwo muss man trotzdem schauen, dass man Geld einsparen kann. Nur darauf zu vertrauen, dass man das Geld irgendwie über Finanzausgleichsverhandlungen wiederbekommt, wird zu wenig sein. Die Diskussionen werden schmerzhaft werden, auch im Strukturbeirat, im Gemeinderat, weil egal wo man Geld einspart, es sind immer Leute betroffen. Es sind Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger betroffen, als Privatpersonen, als Wirtschaftstreibende, als Kulturschaffende, als Kulturliebhaber, als Mitglieder von Sportvereinen. Es wird wesentlich sein, dass sich die Gemeinde wieder verstärkt auf ihre verfassungsmäßigen Aufgaben besinnt, auf die Vorsorge für die Infrastruktur, auf die Sicherung der Lebensgrundlagen, auf eine nachhaltige Stadtentwicklung und nicht auf den Verkauf von Familiensilber oder das Aufbauen von

Schulden vertraut. Man will nämlich nicht den nachfolgenden Generationen ihre Lebens- und Entwicklungschancen verbauen, dafür muss man Verantwortung übernehmen, auch wenn es schmerzhaft ist und man damit Unmut bei der Bevölkerung kurzfristig in Kauf nehmen muss.

GR Mag. Dr. Eberl erörtert, dass Herr Finanzstadtrat Josef Knauseder in seiner Einleitung von diesen multiplen Krisen gesprochen hat und das Budget 2023 als ein „Krisen, Klima, Sozial und Investitions-Budget“ bezeichnet hat. Zunächst ihr persönlicher, aufrichtiger Dank für seine Darstellung, weil er immer derjenige ist, der sie durch diesen Zahlenschwung weise machen kann und ihr das Thema ein bisschen zu Leben erwecken kann. Die Zahlen bestätigen ihr aber, trotz der Darstellung ihres Vorredners, grundsätzlich schon, dass man trotz den schwierigen Zeiten, die sich darstellen, sehr viel Positives in der schönen Stadt bewirkt hat und sich getan hat. Ihre Vorredner haben schon einzelne Aspekte herausgegriffen und hält sie sich – auch zur Vermeidung von Wiederholungen – an die ersten beiden K's von Stadtrat Josef Knauseders Budgetbezeichnung, aber im Sinne von „kurz & knapp“. Das Budget 2023 zeigt, dass in den Vorjahren sehr gut gewirtschaftet wurde und der gemeinsam gesetzte Kurs für Braunau richtig war und richtig ist. Josef Knauseder hat unter anderem auch erwähnt, die positive Entwicklung der Kommunalsteuer und die ist natürlich sehr erfreulich; sie ist ein wichtiger Investitionsspielraum – trotzdem man aber in dem Zusammenhang keinesfalls auf die Kapitaltransferzahlungen vergessen darf, auf die mehrfach auch Bedacht genommen worden ist. Durch diese darf man von den 36,4 Millionen Euro an Einnahmen gleich wieder 21,4 Mio. Euro, also immerhin knapp 60 %, wieder abführen. Rückgrat aber für die Kommunalsteuer, für diese positive Entwicklung sind die heimischen Unternehmerinnen und Unternehmer, die heimischen Unternehmen und Betriebe und die dort beschäftigten fleißigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auf die man zu Recht stolz sein darf und weshalb eine aktive Standortpolitik, von der Herr StR Knauseder eingangs gesprochen hat, für den Wirtschafts- und Industriestandort eine wichtige Triebfeder ist. Das Budget selbst unterstreicht für sie aber auch, zu was alle gemeinsam in turbulenten, herausfordernden Zeiten fähig sind. Trotz all den Herausforderungen ist es nämlich gelungen, die gewohnt hohen Dienstleistungen der Stadt aufrecht zu erhalten, wobei sie gleichsam allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtgemeinde Braunau am Inn für ihren Einsatz und ihre tägliche Motivation und das Herzblut, von dem Herr StR Knauseder auch gesprochen hat, danken möchte. Es ist aber auch gelungen, weiter zu investieren und beispielsweise wieder ein voraussichtliches Gesamtvolumen von knapp 5,4 Millionen Euro in die Infrastruktur zu stecken, gewissermaßen in die Arterien, die die Stadt am Leben erhalten und einen wertvollen Beitrag für alle leisten. Aber mindestens genauso bemerkenswert erscheint ihr aber der Betrag, der stadtgemeindeseitig in die Pflichtschulen gesteckt wird, immerhin knapp 2,6 Millionen Euro; oder in die Kindergärten, wiederum knapp 2,5 Millionen Euro, daneben noch der Schülerhort, die Krabbelstuben – allesamt ein wichtiger Beitrag zur Betreuung, zur Frühförderung und Ausbildung der Kinder, der aber zum Beispiel auch den Wiedereintritt der Eltern ins Arbeitsleben ermöglicht und den sich die Stadtgemeinde auch etwas kosten lässt. Und zu guter Letzt noch zwei sehr beachtliche, um die Worte von Herrn GR Hackl zu nehmen fast schon bedrohlichen, Zahlen – 2023 sind gemeindeseitig 6,5 Millionen Euro als Krankenanstaltenbeitrag und 7,54 Millionen Euro, also über 900 Tausend Euro mehr als im Vorjahr, in die SHV-Umlage zu leisten –

natürlich allesamt wichtige Investitionen in die Gesundheit aller und soziale Absicherung, die aber der Höhe nach schon mehr als eindringlich veranschaulichen, dass die Luft dünn wird. 2023 kann man dies Dank der in den letzten Jahren gebildeten Rücklagen noch finanziell stemmen, aber in Zukunft werden auf Landes- und Bundesebene Anpassungen und Unterstützungen erforderlich sein, damit alle Gemeinden, nicht nur die Stadtgemeinde Braunau am Inn, ihren wichtigen Versorgungsauftrag auch weiter erfüllen können. Grundlage der eingangs erwähnten positiven Entwicklung der Stadt war und ist das verstärkte Miteinander über alle Parteigrenzen hinweg, und dafür möchte sie sich an dieser Stelle im Namen der ÖVP-Fraktion bei allen anderen Fraktionen recht herzlich bedanken. Man arbeitet getragen vom Wohl der Bevölkerung und dem von den Mitbürgerinnen und Mitbürgern erhaltenen Wahlauftrag. Ihr diesjähriger Wunsch ans Christkind kann also nur lauten, dass bitte alle zusammenstehen, dass man die sich stellenden Herausforderungen solidarisch und gemeinsam meistert, dass man dieses gedeihliche Miteinander über alle Fraktionsgrenzen hinweg fortsetzt, also Braunau und nicht einzelne Parteiinteressen in den Mittelpunkt des Wirkens stellt und dass alle gemeinsam hart zusammenarbeiten um für die Stadt und allen die hier leben und arbeiten das bestmögliche zu erreichen. Ihre Fraktion wird dem Budget 2023 jedenfalls zustimmen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP II/1 abstimmen.

Antrag:

- Der vorliegende Voranschlag 2023 wird gemäß § 76 Oö. Gemeindeordnung 1990 idgF. beschlossen.
- Der vorliegende Dienstpostenplan Stand 01.01.2023 bildet einen Bestandteil des Voranschlages und wird genehmigt.
- Zur Deckung von Kreditüberschreitungen (überplanmäßigen Auszahlungen der laufenden Geschäftstätigkeit) werden Verstärkungsmittel in Höhe von EUR 200.000,00 genehmigt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an Ila am 16.12.2022 / La

2. **Mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplan 2023 – 2027**

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP II/2 abstimmen.

Antrag:

Mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplan (MEFP):

Der vorliegende Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplan gemäß § 76a Oö. Gemeindeordnung 1990 idg.F wird genehmigt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an Ila am 16.12.2022 / La

3. **Voranschlag 2023 und Mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung; Änderung der Prioritätenreihung**

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP II/3 abstimmen.

Antrag:

Einer Änderung der Prioritätenreihung wird wie folgt zugestimmt:

1. Sanierung Gemeindestraßen
2. Beschaffung Tanklöschfahrzeug TLF-A 4000, FF Braunau am Inn
3. Winterdienstfahrzeug Bauhof
4. Sanierung Gebäude Kaserngasse 1 (ehemalige Polytechnische Schule – Ausweichquartier)
5. Beschaffung LFA FF Haselbach

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an Ila am 16.12.2022 / La

4. Aufnahme eines Kassenkredites in Höhe von EUR 5.000.000,00 bei der Salzburger Sparkasse Bank AG für das Finanzjahr 2023

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP II/4 abstimmen.

Antrag:

Zur Aufrechterhaltung der Liquidität der Gemeindekasse wird der bei Salzburger Sparkasse Bank AG, Hauptgeschäftsstelle Braunau, der am 10.11.2011 aufgenommene und jährlich zurück zu zahlende Kassenkredit in Höhe von EUR 5.000.000,00 unter Zugrundelegung der vorliegenden Kreditprolongation vom 04.11.2022 und dem Schreiben der Salzburger Sparkasse über die geänderten Zinskonditionen vom 04.11.2022 für den Zeitraum 01.01.2023 bis 31.12.2023 verlängert.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an IIa am 16.12.2022 / La

5. Voranschlagsentwurf 2023 für die VFI & Co KG und Mittelfristige Finanzplanung 2024 bis 2027; Zustimmung der Stadtgemeinde Braunau als Kommanditistin

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP II/5 abstimmen.

Antrag:

Dem Budgetvoranschlag für das Finanzjahr 2023 sowie der Mittelfristigen Finanzplanung 2024 bis 2027 für die VFI & Co KG wird laut beiliegendem Entwurf zugestimmt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(ohne GRE Ranftl)

an IIa am 16.12.2022 / La

6. Nachtragsvoranschlag für das Finanzjahr 2022; Überprüfung

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP II/6 abstimmen.

Antrag:

Der Prüfungsbericht der Bezirkshauptmannschaft vom 22.11.2022 wird zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Antrag angenommen - einstimmig -

an IIa am 16.12.2022 / La

7. Wassergebührenordnung – Gebührenfestsetzung für das Haushaltsjahr 2023 (Beilage)

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP II/7 abstimmen.

Antrag:

Für die Stadtgemeinde Braunau am Inn wird eine Wassergebührenordnung laut vollinhaltlich zur Kenntnis genommenem Entwurf vom 11.11.2022 beschlossen.

Beschluss:

Antrag angenommen - einstimmig -

an IIb am 16.12.2022 / La

8. Kanalgebührenordnung – Gebührenfestsetzung für das Haushaltsjahr 2023 (Beilage)

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP II/8 abstimmen.

Antrag:

Für die Stadtgemeinde Braunau am Inn wird eine Kanalgebührenordnung laut vollinhaltlich zur Kenntnis genommenem Entwurf vom 11.11.2022 beschlossen.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an Ilb am 16.12.2022 / La

**9. Abfallgebühren 2023
(Beilage)**

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP II/9 abstimmen.

Antrag:

Die Abfallgebührenordnung wird laut vorliegendem vollinhaltlich zur Kenntnis genommenen Entwurf vom 02.11.2022 genehmigt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an Ilb am 16.12.2022 / La

**10. Tarifordnung für die Nutzung öffentlichen Gutes
(Beilage)**

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP II/10 abstimmen.

Antrag:

Für die Stadtgemeinde Braunau wird eine Tarifordnung für die über den Gemeingebrauch hinausgehende Benützung öffentlichen Gutes laut vorliegendem vollinhaltlich zur Kenntnis genommenen Entwurf vom 07.09.2022 genehmigt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an Ilb am 16.12.2022 / La

11. **Tarifanpassungen; Hallenbad mit Sauna und Freibad (Beilage)**

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

GR Ing. Pill erklärt, dass die FPÖ-Fraktion der Tarifanpassung grundsätzlich zustimmen wird, er hat es aber bereits im Finanzausschuss angekündigt, dass man es sich vorbehält, vor Beginn der Freibadsaison eventuell eine Tarifanpassung für das Freibad zu beantragen. Man ist sich dessen bewusst, dass Braunau mit einer Saisonkarte um 175 Euro für Familien bzw. 97 Euro für Alleinerziehende ein sehr attraktives Angebot hat. Man befürchtet jedoch, dass 2023 eventuell auch diese Summe für manche Familien nicht leistbar sein wird oder sein könnte. Man wird also eventuell noch rechtzeitig vor dem Saisonstart einen ermäßigten Familientarif hineinreklamieren. Das wird jedoch in einer der zukünftigen Sitzungen stattfinden, aber heute stimmt man dem einmal zu.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP II/11 abstimmen.

Antrag:

Den Gebührentarif-Anpassungen für das Hallenbad und die Sauna (ab 01.01.2023) und für das Freibad (ab 01.05.2023), wird laut vorliegendem vollinhaltlich zur Kenntnis genommenem Tarifordnungsentwurf vom 03.11.2022 zugestimmt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an IIa am 16.12.2022 / La

12. **Sportanlage Ranshofen, Betriebskosten**

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP II/12 abstimmen.

Antrag:

Die Förderung der Betriebskosten für die Sportanlage Ranshofen wird für das Jahr 2022 verlängert.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an IIb am 16.12.2022 / La

13. Holzabverkauf aus der Schlägerung im ersten Quartal 2023

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP II/13 abstimmen.

Antrag:

Abverkauf des aus der Schlägerung im ersten Quartal 2023 anfallenden Holzes an die Firma Agrar- & Holzhandel Kletzl Wolfgang GmbH, Irlach 2, 5151 Nußdorf am Haunsberg laut Angebot vom 07.11.2022.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(ohne GR B. Bachinger)

an IIb am 16.12.2022 / La

**14. Sanierung Gemeindestraßen 2022 (allgemeiner Straßenbau)
SonderBZ (KIP) Land OÖ**

StR Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP II/14 abstimmen.

Antrag:

Dem vom Land Oberösterreich, Direktion Inneres und Kommunales, vorgelegten Finanzierungsvorschlag laut Schreiben IKD-2022-511173/2-PJ vom 11. Mai 2022 mit Gesamtkosten von EUR 206.640,00 wird zugestimmt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(ohne GR B. Bachinger)

an IIa am 16.12.2022 / La

III. Anträge des Wirtschaftsausschusses:

1. Braunauer Ausstellungsverein; Förderansuchen für Frühlings- und Herbstmesse 2023

StR HR Mag. Gaisbauer berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP III/1 abstimmen.

Antrag: (mit Fin.A.)

- a) Dem Braunauer Ausstellungsverein wird für beide Messen eine Förderung in Höhe von EUR 25.000,00 (Sachleistungen inkludiert) gewährt. Die Anweisung der Förderung erfolgt nach Vorliegen einer Abrechnung der jeweiligen Messe in zwei gleichen Raten von jeweils EUR 12.500,00.
- b) Der Ausstellungsverein soll bis Ende des ersten Quartals 2023 ein Zukunftskonzept bezüglich der Frühlings- und Herbstmesse vorlegen.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(ohne GR B. Bachinger und GR Kritzingner)

an Ila am 16.12.2022 / La

2. Kaufangebot GSt. 623/2 und 978/3, EZ 728, KG Osternberg

StR HR Mag. Gaisbauer berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP III/2 abstimmen.

Antrag: (mit Fin.A.)

Das Kaufangebot vom 03.05.2022 hinsichtlich der Grundstücke 623/2 und 978/3, EZ 728, KG Osternberg wird nicht angenommen.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(ohne GR Kritzingner und GR C. Bachinger)

an Ila am 16.12.2022 / La

**3. Kündigung Pachtvertrag im Stadion Braunau durch FC Braunau
Nutzungsvereinbarung Spielgemeinschaft SPG Braunau-St. Peter-Ranshofen**

StR HR Mag. Gaisbauer berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP III/3 abstimmen.

Antrag: (mit Fin.A.)

- a) Die Kündigung des Pachtvertrages im Stadion Braunau des FC Braunau per 30.06.2022 wird zur Kenntnis genommen.
- b) Dem beiliegenden Entwurf der Nutzungsvereinbarung Stadion Braunau vom 28.09.2022 mit dem WSV-ATSV Ranshofen für die Spielgemeinschaft Braunau-St. Peter-Ranshofen wird rückwirkend ab 01.08.2022 zugestimmt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an IIb am 16.12.2022 / La

4. FF Aching Kanalanschluss; Vereinbarung zwischen Gemeinde Burgkirchen und Stadtgemeinde Braunau am Inn; Ergänzung

StR HR Mag. Gaisbauer berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP III/4 abstimmen.

Antrag:

Der Ergänzung zur Vereinbarung vom 06.07.1999 bzw. 14.07.1999 zwischen der Gemeinde Burgkirchen und der Stadtgemeinde Braunau am Inn wird, entsprechend dem beiliegenden vollinhaltlich zur Kenntnis genommenen Entwurf vom 28.09.2022, zugestimmt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an IIIa am 16.12.2022 / La

5. Dienstbarkeitsverträge der öffentlichen Kanal- und/oder Wasserleitung

StR HR Mag. Gaisbauer berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP III/5 abstimmen.

Antrag:

Den vorangeführten Dienstbarkeitsverträgen (Entwürfe v. 24.10., 07.11. u. 09.11.2022) zur Führung einer Kanal- und/oder Wasserleitung zwischen den Grundeigentümern und der Stadtgemeinde Braunau am Inn wird gemäß dem vollinhaltlich zur Kenntnis genommenem Entwürfen zugestimmt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(ohne GR Stoffle)

an IIIb am 16.12.2022 / La

6. Scheuhub; Grundgrenzänderung im Zusammenhang mit der Anpassung an den Naturbestand gemäß § 15 Liegenschaftsteilungsgesetz; Vermessungsurkunde Geometer BRUNNER ZT GmbH vom 28.09.2022, GZ: 20127A-TP

StR HR Mag. Gaisbauer berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP III/6 abstimmen.

Antrag:

- a) Der vorangeführten vollinhaltlich zur Kenntnis genommenen Grundtransaktion, auf Grundlage der Vermessungsurkunde der Geometer BRUNNER ZT-GmbH vom 28.09.2022, GZ: 20127A-TP, wird zugestimmt.
- b) Der Auflassung der Teilflächen "2" und "4" des öffentlichen Gutes, auf Grundlage der Vermessungsurkunde der Geometer BRUNNER ZT-GmbH vom 28.09.2022, GZ: 20127A-TP, wird zugestimmt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(ohne GR Außerhuber-Camposeco)

an IIIb am 16.12.2022 / La

7. Hauner-Straße, Grundgrenzänderung im Zusammenhang mit der Anpassung an den Naturbestand gemäß § 15 Liegenschaftsteilungsgesetz; Vermessungsurkunde Geometer BRUNNER ZT GmbH vom 23.09.2022, GZ: 20759-TP

StR HR Mag. Gaisbauer berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP III/7 abstimmen.

Antrag:

- a) Der vorangeführten vollinhaltlich zur Kenntnis genommenen Grundtransaktion, auf Grundlage der Vermessungsurkunde der Geometer BRUNNER ZT-GmbH vom 23.09.2022, GZ: 20759-TP, wird zugestimmt.
- b) Der Auflassung der Teilfläche "1" des öffentlichen Gutes, auf Grundlage der Vermessungsurkunde der Geometer BRUNNER ZT-GmbH vom 23.09.2022, GZ: 20759-TP, wird zugestimmt

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(ohne StR Winterstätter)

an IIIb am 16.12.2022 / La

**8. Mietvertragsanpassungen für Objekt Mozartstraße 37
Krabbelstube und Eltern-Kind-Zentrum**

StR HR Mag. Gaisbauer berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP III/8 abstimmen.

Antrag:

Zustimmung zur Ausfertigung der Mietvertragsergänzungen an die Familienakademie der Kinderfreunde Region Innviertel und der Familienzentren GmbH der Oö Kinderfreunde ab 01.01.2023 laut vorliegenden Entwürfen vom 22.09.2022 wird erteilt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(ohne StR Winterstätter)

an IIb am 16.12.2022 / La

**9. Dienstbarkeitsvertrag
Steigleitung Feuerwehr bei Stadtmauer im Bereich des Bezirksgerichts**

StR HR Mag. Gaisbauer berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP III/9 abstimmen.

Antrag:

Dem Dienstbarkeitsvertrag zwischen der ARE Austrian Real Estate GmbH, Trabrennstraße 2b, 1020 Wien und der Stadtgemeinde Braunau am Inn, 5280 Braunau am Inn wird entsprechend dem vorliegenden vollinhaltlich zur Kenntnis genommenen Entwurf vom 20.04.2022 zugestimmt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(ohne GR Burndorfer)

an IIIa am 16.12.2022 / La

IV. Anträge des Kulturausschusses:

1. Verein Kultur im Gugg; Ansuchen um Förderung für den kulturellen Veranstaltungsbetrieb

GR Hermann berichtet über den Tagesordnungspunkt.

GR Ing. Pill sagt, dass die FPÖ-Fraktion dem Antrag auf eine Erhöhung der Jahresförderung nicht zustimmen kann. Der Hintergrund ist folgender: Dem Gugg ist es gelungen in den vergangenen Saisonen auch bedingt durch Corona und dem eingeschränkten Spielbetrieb und den daraus resultierenden Förderungen Rücklagen zu bilden. Man hat sich das im Finanzausschuss erklären lassen, aktuell betragen diese Rücklagen etwa 150.000 Euro. Das ist an sich sehr erfreulich und man beglückwünscht das Team vom Gugg zu dieser Leistung. Die finanzielle Situation der Stadtgemeinde ist jedoch aktuell sehr angespannt, man hat das auch heute mehrfach schon gehört. Und aus diesem Grund sieht man keine Möglichkeiten die Jahresförderung eines Vereins, der über Rücklagen in dieser Höhe verfügt zu erhöhen. Im Ausschuss hat man festgestellt, dass man mit Vorschlägen zur Aussetzung der Förderung bzw. wenigstens der Beibehaltung der alten Förderhöhe keine Mehrheit findet. Dem Antrag mit der erhöhten Fördersumme kann man sich jedoch nicht anschließen und man wird sich deswegen der Stimme enthalten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP IV/1 abstimmen.

Antrag: (mit Fin.A.)

Dem Verein Kultur im Gugg wird eine Förderung für den kulturellen Veranstaltungsbetrieb im Kulturhaus der Stadt Braunau für drei Jahre (2023, 2024 und 2025) zugesichert, die Jahresförderung hierfür wird jeweils in Höhe von EUR 105.000,00 gewährt.

Die Auszahlung der Förderung erfolgt in zwei Raten zu je EUR 52.500,00 im Februar und Juli. Zu Jahresende ist der Stadtgemeinde unaufgefordert eine Abrechnung mit saldierten Rechnungsbelegen sowie eine Einnahmen-/Ausgabenrechnung vorzulegen.

Beschluss:

Antrag angenommen

Für den Antrag:

ÖVP-, SPÖ- und Grüne-Fraktion

Gegen den Antrag durch Stimmenthaltung:

FPÖ-Fraktion

(ohne GR Burndorfer)

an KK am 16.12.2022 / La

**2. Tourismusverband Entdeckerviertel;
Christkindlmark im Palmpark 2022; Ansuchen um Förderung**

GR Hermann berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP IV/2 abstimmen.

Antrag: (mit Fin.A.)

Zustimmung zur Förderung des Christkindlmarktes im Palmpark 2022 des Tourismusverbandes Entdeckerviertel durch Gewährung einer Barförderung in Höhe von EUR 37.000,00 sowie Sachleistungen des Städtischen Wirtschaftshofes bis zu EUR 7.000,00 exkl. USt.

Etwaig anfallende Umsatzsteuer und Gebühren sind vom Veranstalter zu bezahlen. Die Barförderung wird nach Vorlage einer Abrechnung mit saldierten Rechnungsbelegen ausbezahlt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an KK am 16.12.2022 / La

**3. Stadtkapelle Braunau;
Ansuchen um Jahressubvention 2022 vom 26.10.2022**

GR Hermann berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP IV/3 abstimmen.

Antrag: (mit Fin.A.)

Zustimmung zur Gewährung einer pauschalen Jahresförderung in Höhe von EUR 5.500,00 sowie Sachleistungen bis zu einem Betrag in Höhe von EUR 750,00 im Jahr 2022.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

(ohne Vbgm. Baccili und GR Kritzinger wg. Befangenheit)
(ohne StR Esterbauer)

an KK am 16.12.2022 / La

V. Anträge des Bildungsausschusses:

1. Krabbelstube Neustadt; Auslagerung der Rechtsträgerschaft an die Familienzentren GmbH der OÖ Kinderfreunde ab dem Arbeitsjahr 2023/2024

GR Mag. Kritzinger MA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP V/1 abstimmen.

Antrag: (mit Fin.A.)

- a) Der Betrieb der beiden städtischen Gruppen der Krabbelstube Neustadt am Standort Sebastianstraße 23, Braunau am Inn, wird ab dem Arbeitsjahr 2023/2024 an die Familienzentren GmbH der OÖ Kinderfreunde ausgelagert. Die Familienzentren GmbH der OÖ Kinderfreunde übernimmt für diese die Rechtsträgerschaft. Die Gruppen werden als „Expositur“ zur bestehenden Krabbelstube Löwenzahn, Mozartstraße 37, Braunau am Inn, geführt.
- b) Dem dafür erforderlichen Datenaustausch mit der Familienzentren GmbH der OÖ Kinderfreunde wird zugestimmt.
- c) Für die Nutzung der Räumlichkeiten, der Ausstattung und des Außenbereiches am Standort Sebastianstraße 23, Braunau, ab dem Arbeitsjahr 2023/2024 ist mit der Familienzentren GmbH der OÖ Kinderfreunde eine vertragliche Vereinbarung auszuarbeiten.
- d) Ab dem Nachtragsvoranschlag für das Finanzjahr 2023 ist für die Übernahme der jährlichen Abgangsdeckung ein jeweiliger voraussichtlicher Abgangsdeckungsbetrag pro Budgetjahr vorzusehen.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an lb am 16.12.2022 / La

**2. Oö. Jugendcenter-Unterstützungsverein, Subventionsansuchen 2023
Schreiben vom 07.11.2022**

GR Mag. Kritzinger MA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP V/2 abstimmen.

Antrag: (mit Fin.A.)

- a) Zustimmung zur Gewährung einer pauschalen Jahresförderung an den Oö. Jugendcenter-Unterstützungsverein in Höhe von EUR 31.500,00 für den Betrieb des ÖGJ-Jugendzentrums Braunau im Jahr 2023. Die Auszahlung erfolgt wieder in zwei Raten zu je EUR 15.750,00 im März und Oktober 2023. Die erforderliche Bedeckung für die Erhöhung der Jahresförderung in Höhe von EUR 1.500,00 soll im Wege des NVA 2023 geschaffen werden. Am Jahresende sind unaufgefordert ein Tätigkeitsbericht und eine Abrechnung vorzulegen.
- b) Bei begründetem Bedarf kann im Nachhinein um eine Erhöhung der Jahresförderung angesucht werden. Die Bedeckung soll im VA 2024 vorgesehen werden.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an Ib am 16.12.2022 / La

**3. Y4U-Jugendforum Braunau; Ansuchen um Jahresförderung 2023 für den Betrieb der Jugendräume Braunau, Neustadt und Ranshofen
Ansuchen vom 17.10.2022;**

GR Mag. Kritzinger MA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP V/3 abstimmen.

Antrag: (mit Fin.A.)

- a) Zustimmung zur Gewährung einer pauschalen Jahresförderung in Höhe von EUR 110.000,00 an den Verein Y4U-Jugendforum für den Betrieb der Jugendräume Braunau, Neustadt und Ranshofen im Jahr 2023. Die Auszahlung erfolgt wieder in zwei Raten zu je EUR 55.000,00 im März und Oktober 2023. Die Bedeckung für die Erhöhung der Jahresförderung in Höhe von EUR 5.600,00 soll im Wege des NVA 2023 geschaffen werden. Am Jahresende sind unaufgefordert ein Tätigkeitsbericht und eine Abrechnung vorzulegen.
- b) Bei begründetem Bedarf aufgrund der Jahresabrechnung kann im Nachhinein um eine Erhöhung der Jahresförderung angesucht werden. Die Bedeckung soll im VA 2024 vorgesehen werden.

Beschluss:

Antrag angenommen

Für den Antrag:

ÖVP-, SPÖ- und Grüne-Fraktion

Gegen den Antrag durch Stimmenthaltung:

FPÖ-Fraktion

an Ib am 16.12.2022 / La

VI. Anträge des Planungsausschusses:

1. Steindlstraße, Flächenwidmungsplan Nr. 6 - Änderung Nr. 21, Neuerlassung BPL Nr. 64; Einleitung

Vbgm. DI Grabner-Sittenthaler berichtet über den Tagesordnungspunkt.

GR DI Mag. Hackl hat eine Anmerkung zur Einleitung von Herrn Vbgm. Grabner-Sittenthaler betreffend das Problem zwischen Datenschutzgrundverordnung und Transparenz als Anliegen. Er hat den Eindruck, dass die DSGVO der Europäischen Union wesentlich zu strikt ausgelegt wird, insbesondere von Juristinnen und Juristen und dass die DSGVO gar nicht so gemeint war, wie sie jetzt oft verwendet wird. Darüber hinaus wird die DSGVO jetzt oft als Ausrede dafür verwendet, um den Bürgerinnen und Bürgern die nötigen Informationen vorzuenthalten. Er hält hier Transparenz für wichtiger als die DSGVO. Es geht hier in diesem Amtsvortrag bei der Firma F um die Firma Fessl und bei Matthias K. um den anwesenden Matthias Kritzinger und bei Christoph K. um dessen Bruder Christoph Kritzinger. Falls ihn jemand klagen will – bitte.

Vbgm. DI Grabner-Sittenthaler hat das bewusst aus diesem Grund gemacht, damit einmal aufgezeigt wird, wie schwer es ist etwas so darzulegen. Zufällig ist heute Matthias auch hier. Er wird es in Zukunft so halten, dass man die Transparenz an erste Stelle stellt, außer es würde sich daran rechtlich etwas ändern. Konkret stehen sich hier zwei Gesetze im Weg.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP VI/1 abstimmen.

Antrag:

Aufgrund des im Amtsvortrag angeführten Sachverhaltes und der Begründung ist das Verfahren zur

- a) Änderung Nr. 21 des Flächenwidmungsplanes Nr. 6 lt. Änderungsplan FW 6.21 - Steindlstraße vom 18.07.2022
- b) Neuerlassung des Bebauungsplanes Nr. 64 lt. Plan BPL 64 - Steindlstraße vom 11.11.2022 nach den Bestimmungen des Oö. ROG 1994 idgF einzuleiten.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(ohne GR Kritzinger wg. Befangenheit)

(ohne GR Pill)

an IIIa am 16.12.2022 / La

2. Anpassung A zur Nutzungsvereinbarung betreffend Übertragung Infrastrukturkosten

Vbgm. DI Grabner-Sittenthaler berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP VI/2 abstimmen.

Antrag: (mit Wi.A.)

Der Anpassung A zur Nutzungsvereinbarung vom 19.10.2021 mit der neuen Eigentümerin wird laut vorliegendem vollinhaltlich zur Kenntnis genommenen Entwurf vom 14.11.2022 zugestimmt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(ohne GR Šijaković)

an IIIa am 16.12.2022 / La

VII. Anträge des Bau- und Umweltausschusses:

1. Weiterführung FAB-Reno-Projekt Reno TOP; Vereinbarung 2023

GR DI Parfant berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP VII/1 abstimmen.

Antrag: (mit Fin.A.)

In Abweichung zum Amtsvortrag vom 26.09.2022 kommen gemäß Entwurf vom 17.11.2022 (Ergänzung AVT 21.11.2022) folgende aktualisierte Tarife für die Vereinbarung mit dem FAB Reno-TOP zur Anwendung:

Stundensätze ab 1.1.2023:	Kursteilnehmer: € 14,83
	Fachbetreuer: € 33,21
Rahmen:	Kursteilnehmerstunden 10.000 h
	Fachbetreuerstunden 2.000 h

Auftragsumfang gesamt € 221.300,--

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(ohne GR Šijaković und StR Gaisbauer)

an IIIc am 16.12.2022 / La

2. Weiterführung FAB-Sozialbetriebe Werkstatt Umwelt; Vereinbarung 2023

GR DI Parfant berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP VII/2 abstimmen.

Antrag: (mit Fin.A.)

In Abweichung zum Amtsvortrag vom 29.09.2022 kommen gemäß Entwurf vom 17.11.2022 (Ergänzung AVT 21.11.2022) folgende Tarife für die Vereinbarung mit dem FAB zur Betreuung des städt. Recyclinghofs mit dem Projekt Werkstatt Umwelt zur Anwendung:

Stundensätze ab 1.1.2023:	Kursteilnehmer: € 14,83
	Fachbetreuer: € 33,21
	Km-Geld: € 1,19/km

Auftragsumfang gesamt: € 238.000,--

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(ohne StR Gaisbauer und Vbgm. Baccili)

an Illc am 16.12.2022 / La

VIII. Antrag des Sozialausschusses:

1. Familienakademie der Kinderfreunde; Region Innviertel – Eltern-Kind-Zentrum Braunau (EKIZ); Ansuchen um Förderung für das Jahr 2023 und um Übernahme der fehlenden SHV- Förderung 2023

StR Mag. Schäfer berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP VIII/1 abstimmen.

Antrag: (mit Fin.A.)

- a) Die Familienakademie der Kinderfreunde Region Innviertel erhält für das Jahr 2023 eine Förderung in Höhe von EUR 11.500,00.
- b) Der Förderbetrag wird zur Gänze nach Beschlussfassung des Voranschlages der Stadt Braunau am Inn für das Finanzjahr 2023 frühestens ab Jänner 2023 ausbezahlt.
- c) Der Verwendungsnachweis für die Förderung 2023 ist bis spätestens 31.03.2024 vorzulegen.
- d) Über eine zusätzliche Förderung der vom Sozialhilfeverband gestrichenen Förderung in beantragter Höhe von EUR 8.000,00 wird nach Vorlage des Jahresabschlusses 2023 beraten.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

(ohne GR Labg. Knauseder wegen Befangenheit)

(ohne StR Gaisbauer, Vbgm. Baccili und
GR B. Bachinger)

an Ib am 16.12.2022 / La

IX. Anträge des Sportausschusses:**1. Triathlon ATSV Braunau;
28. Braunauer Sprinttriathlon 2023;
Ersuchen um Förderung****StR Mag. Ing. Haberfellner** berichtet über den Tagesordnungspunkt.Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP IX/1 abstimmen.**Antrag: (mit Fin.A.)**

- | | | | | |
|----|--|----------|-----|--------------|
| a) | Förderung Sachleistungen durch den städt. Bauhof | bis max. | EUR | 300,00 |
| b) | Förderung der Nettohallenmiete Bezirkssporthalle | bis max. | EUR | 550,00 |
| c) | Sachleistungen durch das Freizeitzentrum | | | keine Kosten |
| | (Benützung des Freibadsporthallenbeckens und Freibadgeländes,
Gratiseintritt für Triathlonteilnehmer und -besucher) | | | |
| d) | Gewährung einer Barförderung von EUR 1.250,00 für den Verein Triathlon ATSV Braunau zur Durchführung des 28. Braunauer Sprinttriathlons am 21. Mai 2023. | | | |

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

(ohne GR Pandžić)

an Ib am 16.12.2022 / La

**2. Union Voltigier- und Reitverein Braunau
Errichtung einer neuen Reitsportanlage im Tal****StR Mag. Ing. Haberfellner** berichtet über den Tagesordnungspunkt.Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP IX/1 abstimmen.

Antrag: (mit Fin.A.)

- a) Der Gemeinderatsbeschluss vom 19.05.2022, TOP X/1, bleibt aufrecht. Der gedeckelte Investitionskostenzuschuss in Höhe von max. EUR 400.000,00 wird in fünf Jahresraten zu je max. EUR 80.000,00 ab dem Jahr 2024 ausgezahlt.
- b) Zusätzliche Förderungen für die Errichtung der Reithalle werden nicht gewährt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an Ila am 16.12.2022 / La

X. Allfälliges

1. **StR Mag. Schäfer** möchte hier noch einmal ein Thema ansprechen, das schon des Öfteren diskutiert wurde, es geht um ein Thema, das die Menschen in Braunau sehr beschäftigt – und zwar um die hausärztliche Versorgungslage in der Stadt Braunau und auch im Bezirk. Die Bezirksrundschau schreibt von einem ÄrztInnenmangel. In den Gesprächen im Alltag erreichen sie immer wieder die Sorgen, dass man keinen Arzt findet und man nicht weiß, wo man hingehen soll. Die Kapazitäten der Braunauer Ärztinnen und Ärzte sind ausgeschöpft, sie glaubt, das wissen alle. Sie hat sich mit dem Bezirksärztevertreter von Braunau zusammengeschlossen, Herrn Dr. Gerhard Roitner und sie zitiert, was er ihr geschrieben hat und was die Situation gut beschreibt: Die hausärztliche Versorgung unter anderem in Braunau und in Mattighofen spitzt sich dramatisch zu. Die Menschen sind verzweifelt auf der Suche nach einer guten wohnortnahen medizinischen Betreuung. Dies hat auch Auswirkungen auf die Ambulanzen der Krankenhäuser. Dass es auf der Kinderstation im Krankenhaus voll ist und auch in der Unfallambulanz ist eine Tatsache. Und sie möchte hier jetzt in den Raum werfen, dass sie es schon auch bei der Gemeinde sieht, den Fraktionen, ein Signal an die Bürgerinnen und Bürger aber auch an die Ärztinnen und Ärzte zu senden, dass man bereit ist, intensiv nach Lösungen zu suchen, um eine stabile ärztliche Versorgungslage gewährleisten zu können. Sie glaubt das ist im Sinne aller und sie ist überzeugt, dass das mitunter eine der wichtigsten Aufgaben der Daseinsvorsorge ist. Man hat sich darüber Gedanken gemacht und wie gesagt, sie wirft das jetzt einmal in den Raum, ob es nicht die Möglichkeit gibt an Ärztinnen und Ärzte, die frisch anfangen und mit gewissen Investitionskosten konfrontiert sind, einen zinsfreien Kredit anzubieten, um dadurch die wirtschaftliche Situation des antragssuchenden Arztes oder Ärztin zu erleichtern. Das wäre ein Vorschlag. In Schalchen und in Mattighofen gibt es diese Regelung.

Bgm. Mag. Waidbacher bedankt sich für den Vorschlag. Er hat heute zufällig mit Frau Mag. Reitinger von der Österreichischen Gesundheitskasse telefoniert und versucht, sich mit ihr abzustimmen. Man hat vereinbart, dass man im kommenden Jahr einen gemeinsamen Termin macht. Bereits vor ca. drei Jahren hatte man einen Termin. Nun möchte man alles noch einmal durchbesprechen, ob es Möglichkeiten gibt. Zur Zeit planen sie seines Wissens eine Primärversorgungseinheit (PVE), aber aus seiner Sicht

ist nach wie vor das größte Hindernis die Hausapotheke. Da besagt die aktuelle Gesetzeslage, dass man Hausapotheken nur mit Zustimmung der ortsansässigen Apotheken vergeben kann. Da stellt sich die Frage, wie hier die Zustimmung wäre. Es ist eine große Herausforderung. Man sieht es genau, dort wo keine Hausapotheken möglich sind, sind die Hausarztstellen nicht besetzt. Er hat heute noch einmal nachgesehen, in der Stadt Braunau gibt es Gott sei Dank eine Bewerbung für die freigewordene Stelle von Herrn Dr. Dailey, der leider zu früh verstorben ist. In Mattighofen war bis Mittag keine Bewerbung eingegangen, die Bewerbungsfrist läuft noch bis morgen, man wird sehen. Seine Angst ist aber, dass man innerhalb der Gemeinden in einen Wettbewerb kommt.

StR Dir. Knauseder MMBA glaubt, dass die Situation bekannt ist und sie wird auch laufend in den Medien diskutiert. Jeder weiß, dass allgemein ein Ärztemangel da ist, allen voran bei praktischen Ärzten. Auch in der Gemeinde ist das zu spüren, wenn verzweifelte Gemeindebürger kommen, auf der Suche nach einem neuen Hausarzt, weil der bestehende aus irgendeinem Grund weggefallen ist und man nicht weiß, wer einen nimmt. Das ist berührend, auch menschlich berührend und das ist schwierig. Im Vergleich zu Mattighofen hat man in Braunau aber das Glück, dass mehrere praktische Ärzte nachgekommen sind wie beispielsweise Dr. Resnik und Dr. Staniek. Auch für die Neustadt sind die Gespräche schon sehr konkret, dass sich eine Nachfolgerin gefunden hat, wobei er aber noch keinen Namen nennen möchte. Er möchte aber jetzt ein wenig ausholen, da das Thema Primärversorgungszentrum ein Thema ist, das ihm persönlich ein großes Anliegen ist und ihn seit 2019 intensiv verfolgt. Die Raiffeisenbank Region Braunau hat seit damals intensiv versucht, im neuen Dienstleistungszentrum RDB ein solches zu installieren aus Gründen der ärztlichen Nahversorgung, der Nähe zum Krankenhaus und auch des Zentrums. Seither hat er 53 Gespräche geführt und die Hauptgründe, weshalb eine PVE nicht gelungen ist, liegen tatsächlich am System. Er hat Gespräche geführt mit Ärzten, mit dem Krankenhaus, der Gebietskrankenkasse, auch mit Ärzten und der ÖGK gemeinsam, es hat vielschichtige Gespräche gegeben, Herr Bürgermeister weiß das. Aber bei einer PVE erschwert nach wie vor die Tatsache, dass eine solche nur gegründet werden kann, wenn drei Ärzte gleichzeitig einen Antrag stellen. Das müssen drei Vollzeitäquivalent sein, also entweder sechs Teilzeit oder drei Vollzeit, aber es kann nicht einer alleine einen Antrag stellen und auch nicht zwei. Darüber könnte man jetzt lange diskutieren und das würde dann wirklich die ganze Nacht dauern, aber leider gibt es hier gewisse Parameter in denen auch der Grund liegt, weshalb Oberösterreich weiter hinter dem eigenen Wunschziel an PVEs liegt. Er ist aber weiter laufend in Kontakt mit Frau Mag. Reitinger von der ÖGK und er ist nach wie vor der Überzeugung, dass in Braunau der Bedarf gegeben ist. Natürlich bedarf es für eine PVE zweier Komponenten – eben drei Ärztinnen oder Ärzte, und die entsprechenden Räumlichkeiten. Gegenüber vom Bahnhof, also in Bahnhofsnähe, gäbe es die Möglichkeit, gemeinsam mit einem Projektbetreiber, dieser Räumlichkeiten. Es gibt einen fix und fertigen Raumplan, genau abgestimmt nach den Bedürfnissen einer PVE, da es ein genaues Raumprogramm gibt, das von der Gesundheitskasse aufgestellt wird. Letzte Woche hat er in Abstimmung mit der Gebietskrankenkasse mit einem Arzt ein Gespräch geführt, der wirklich ernsthaftes Interesse hat. Aber auch bei diesem Gespräch sind genau die bereits erwähnten Punkte wieder aufgekommen, die auch der Bürgermeister schon erwähnt hat. Punkt eins ist er guter Dinge, dass er zwei Partner gewinnt, aber Punkt zwei kommt er nur dann, wenn er eine Hausapotheke bekommt.

Solche Sachen kann man als Gemeinde nicht lösen. Natürlich ist jede Überlegung gut, um beispielsweise wie angeführt zusätzlich zu unterstützen. Er ist nach wie vor guter Dinge, dass diese Gespräche fruchten und er spürt auch, dass der Bürgermeister voll und ganz dahinter ist und er hat sich auch mehrfach in die Gespräche unterstützend eingebracht. Auch bei allen anderen Fraktionen ist angekommen, dass Handlungsbedarf ist und unterstützende Überlegungen sind gut. Insgesamt muss man bei den Themen ansetzen, wo man glaubt, dass man sie selbst lösen kann. Hinsichtlich Finanzierung weiß er als Banker, dass jeder zinsenlose Kredit für einen Kunden gut ist. Vielleicht kann das etwas bewirken, aufgrund der vielen Gespräche ist er sich aber nicht ganz so sicher. Aber grundsätzlich ist jede Überlegung gut. Wichtig ist, dass man Augen und Ohren offenhält und dass man Signale im Sinne der Bürger aufnimmt. Also, sollte jemand Ärztinnen oder Ärzte kennen, es gäbe ein fix und fertiges Projekt, genau ausgerichtet nach den Erfordernissen, der Barrierefreiheit, nach den modernsten Bedürfnissen - Bitte bei ihm melden.

an Ib am 3.1.2023 / La

Der Vorsitzende

Mag. Waidbacher eh.

Unterschriftsermächtigter der ÖVP-Fraktion

Mag. Dr. Eberl eh.

Unterschriftsermächtigter der SPÖ-Fraktion

Mikula eh.

Unterschriftsermächtigter der FPÖ-Fraktion

Bachinger eh.

Unterschriftsermächtigter der GRÜNE-Fraktion

DI Mag. Hackl eh.

Schriftführerin

Lahner eh.

**Gegen die vorliegende Verhandlungsschrift
wurden keine Einwendungen erhoben**

Braunau am Inn, am 15.02.2023

Der Vorsitzende

Mag. Waidbacher eh.